



Niederschrift

11. Plenarsitzung des Gemeinderates
30. Juni 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

24.

Punkt 21 der Tagesordnung: Aktionsplan gegen Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung jeglicher Art

Antrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2020/0322

Ergänzungsantrag: AfD

Vorlage: 2020/0492

Ergänzungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2020/0646

Ergänzungsantrag: CDU

Vorlage: 2020/0817

Beschluss:

Vorlage: 2020/0492 mehrheitliche Ablehnung

Vorlage: 2020/0646 mehrheitliche Zustimmung

Vorlage: 2020/0817 mehrheitliche Ablehnung

Vorlage: 2020/0322 mehrheitliche Zustimmung

Abstimmungsergebnis:

Vorlage: 2020/0492 bei 3 Ja-Stimmen und 43 Nein-Stimmen mehrheitliche Ablehnung

Vorlage: 2020/0646 bei 25 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen mehrheitliche Zustimmung

Vorlage: 2020/0817 bei 20 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen mehrheitliche Ablehnung

Vorlage: 2020/0322 bei 31 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen mehrheitliche Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 21 und die Ergänzungsanträge zur Behandlung auf.

Es gibt einige Ergänzungsanträge, die jetzt im ursprünglichen Text des Antrags Dinge verändern wollen, und ich würde Sie gerne einladen, den Weg der Verwaltung zu gehen. Wir haben Ihnen dargelegt, dass wir zu all diesen Themen schon ein umfangreiches Spektrum anbieten, und damit brauchen wir aus meiner Sicht, keinen separaten Aktionsplan verabschieden, bei dem wir uns dann noch am Ende über einzelne Worte hier stundenlang austauschen. Wir sind dabei, vor

allem die Jugend und Menschen dieser Stadt zu einem an demokratischen und an Menschen- und Bürgerrechten orientierten Weg zu begleiten und auch zu fördern. Das wird in dem sehr umfangreichen Arbeitspapier, das wir Ihnen dargestellt haben, deutlich. Ich finde, das dürfte aus unserer Sicht ausreichen. Wenn Sie irgendwelche Programmelemente vermissen, können Sie uns diese auch einspeisen. Aber jetzt über die Formulierung eines Aktionsplanes zu diskutieren, halte ich nicht für unbedingt nötig vonseiten der Verwaltung.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Der Soziologe Heitmeyer berichtet jährlich über die vorhandene autoritäre Einstellung der Gesellschaft. Nach seinen Untersuchungen sind ungefähr 20 Prozent der Gesellschaft anfällig für diskriminierende Strukturen, autoritäre Einstellungen und viele andere Themenbereiche. Dieser Antrag liegt schon, wie viele andere Anträge auch, aufgrund der Corona-Krise schon eine Weile vor und konnte nicht behandelt werden. In der Zwischenzeit haben sich die Ereignisse in den letzten Monaten auch enorm überschlagen, was das Gefühl von Menschen betrifft, speziell mit Migrationshintergrund, der Erfahrung von rassistischer Diskriminierung, rassistischer Gewalt und Diskriminierung und anderen Angriffen in Wort und Tat sowie körperlicher Art gegen sie, was leider immer noch in Deutschland viel zu viel Alltag ist.

Der Antrag, den wir hier gestellt haben, soll keineswegs, und ich hoffe, es ist auch klar herausgekommen, die bereits bestehenden Aktivitäten der verschiedenen Träger kleinreden. Wir haben mit allen verschiedenen Trägern, die es in diesem Bereich gibt, auch zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Austausch gesucht. Wir haben den Bedarf abgefragt, die Themen diskutiert, und was für uns schon ganz klar dabei rauskam, ist, dass wir eine Verbindung der verschiedenen Elemente sehen, dass wir nochmals Punkte in der Prävention sehen, speziell bei Schulen und Vereinen, in der Erinnerungsarbeit, aber auch das Schaffen von anderen Strukturen, die heute nicht abgedeckt sind.

Herr Oberbürgermeister, ich sehe es nicht ganz so wie Sie, ich sehe an der Stelle schon noch einen Bedarf. Die vorliegenden Dokumente der Verwaltung waren jetzt nicht sehr aufschlussreich und detailliert, dass wir jetzt wirklich die Idee hatten, wir arbeiten kontinuierlich an den Maßnahmen weiter oder wir haben einen ganz klaren Fahrplan, in welche Richtung es gehen soll. Vielleicht ist das eine Debatte, die wir dann gerne in dem zuständigen Ausschuss führen können, falls Sie den Bedarf hierfür sehen. Wir glauben trotzdem, dass es notwendig ist, noch einmal detailliert mit allen entsprechenden Akteuren dies zu diskutieren, auch als einzelne Gemeinderatsfraktion, um die Bedarfe genau zu ermitteln. Die Strukturen, die wir zusätzlich schaffen müssen, auch bei der Verwaltung, sei es ein Anti-Rassismus-Beauftragter, sind Maßnahmen, die durchaus von verschiedenen Perspektiven betrachtet werden können.

Auf den Ergänzungsantrag der AfD will ich gar nicht eingehen, den Antrag der GRÜNEN kann ich nur unterstützen, das ist ein wichtiger Punkt. Ich möchte gerne etwas zum Antrag der CDU sagen. Zuerst möchte ich mich bei der Verwaltung für die klare Aussage bedanken, was die Realität hier in Karlsruhe betrifft, dass hier aktuell keinerlei Probleme in so einer Richtung bekannt sind oder vorliegen, zum anderen, dass wir versuchen sollen, zu vermeiden, alles in einen Topf zu werfen und alles miteinander zu vermischen, weil Rassismus, Ausgrenzung und Rechtsradikalismus qualitativ und quantitativ ganz andere Formen hat, wie andere Formen des Extremismus. Das ist ganz wichtig, dass wir das in der Debatte vermeiden. Unser Aktionsplan hat eine ganz klare Stoßrichtung. Wir würden diese gerne weiterbehalten, falls Sie als Fraktion anderen Bedarf sehen, Sie haben immer wieder Zeit dieses Thema zu beackern in verschiedenen Anträgen, für uns liegt der Fokus auf den genannten Themen.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Rassismus, Homophobie, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze lehnen wir GRÜNEN entschieden ab. Sie finden aktuell im Internet kaum zu kontrollierende Formen und Foren. Die stärkere Vermittlung von Medienkompetenz ist daher auch ein wichtiger Baustein im Kampf gegen extremistische Ideologien. Aktuell sehen wir beispielsweise in Bezug auf die Corona-Krise, wie Fake-News immer weiter Verbreitung finden und ohne Faktencheck von ganz vielen Menschen übernommen werden. Wir GRÜNEN fordern deshalb, dass der Antrag der LINKEN um den Punkt Medienkompetenz, und zwar die Vermittlung für alle Altersgruppen, explizit ergänzt wird, auch wenn er vielleicht implizit schon enthalten ist. Ich möchte einen Satz aus der Stuttgarter Zeitung von heute zitieren: „Der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, sieht im Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus die größte Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland.“ Auch wenn die Antwort der Verwaltung aufzeigt, wie viel wir hier in Karlsruhe und wie viel die Verwaltung im Kampf gegen Rechts schon tut und getan hat, finden wir die systematische Einbindung, wie eben schon Herr Bimmerle betont hat, in einen Aktionsplan wichtig und richtig und daher werden wir bei Abstimmung dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Müller (CDU): Dankeschön, Herr Kollege Maier, dieses Mikrofon funktioniert. Ich habe eine ganze Reihe von Anträgen vorliegen, die Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Linksextremismus als auch Extremismus aus religiösen Strömungen behandeln. Ich möchte die Anträge auch gar nicht gegeneinander aufwerten, abwägen oder sonst irgendetwas. Es ist mir eigentlich relativ egal, aus welcher Ecke und aus welchen Strömungen ein Extremismus entsteht und besteht. Wir müssen uns als Demokraten, und ich glaube das sind wir alle hier, weil wir auch alle demokratisch gewählt hier in diesem Gremium sitzen, verbindend miteinander die Aussage treffen, jeder Extremismus ist Mist, und daran habe ich keinerlei Zweifel. Deswegen ist es auch nur richtig, dass wir alles was gesagt wurde, in den Anträgen formuliert wurde, aufnehmen, im Fokus haben, ohne andere extremistische Strömungen aus jeglicher Ecke, von wo auch immer, nicht aus den Augen verlieren und genauso in den Fokus setzen, wie dies in den vorgenannten Anträgen genannt ist. Deswegen appelliere ich an Sie und nehme ich Sie auch gerne mit über die Brücke, sagen Sie Ja, jede Form von Extremismus oder extremistischen Störungen ist eine Gefahr für unseren Rechtsstaat und ist eine Gefahr für unsere Demokratie, und wir sprechen uns gemeinsam aus, gegen jede Art von extremistischen Handlungen.

Stadtrat Marvi (SPD): Ich will auch ausdrücklich voranschicken, dass natürlich auch meine Fraktion gegen jegliche Form von Gewalt, Extremismus und Menschenverachtung ist, und das sage ich mit einer extrem hohen Antenne und Sensibilität mit meinem Ursprungsland, in dem menschenverachtende Theokratie herrscht. Da sind wir mit der Union einer Meinung, aber der Antrag der LINKEN ist sehr gut, dass er zum jetzigen Zeitpunkt kommt, einen dezidierten Aktionsplan, eine Ergänzung der Dinge, die geschehen, einfordert zur Bekämpfung von Rechtsradikalismus und Antisemitismus, weil hier im wahrsten Sinne des Wortes die Lunte brennt, weil unsere Gesellschaft gefährdeter denn je ist, für rechtsradikale Umtriebe und Morde, wie sie auch in unserer Partnerschaft Halle stattgefunden haben und weil die rechtsradikalen und rechten Gruppierungen versuchen, auch über Dinge wie die Anti-Corona-Demos und was es da alles gab, in die Mitte unserer Gesellschaft vorzudringen. Ich will auch nichts zu dem Änderungsantrag der AfD sagen, die auch so ihre Beteiligung mit ihren rechten Strukturen in ihrer Partei hat. Es ist gut, dass wir hier aktiv werden, dass wir die Sensibilität schärfen. Ich will ausdrücklich sagen, dass die Stadt sehr viel macht, institutionell auch zivilgesellschaftlich mit dem Netzwerk

gegen Rechts. Wir finden die Idee ausdrücklich gut, hier weiterzugehen und über Beauftragte an den Schulen dieses Thema weiter an die junge Generation weiter heranrücken, weil gerade dort Aufklärung extrem wichtig ist.

Stadtrat Høyem (FDP): Als ich als Student an der Universität in Kopenhagen angefangen habe, waren der Schreck und die Angst vor der Roten Armee Fraktion sehr präsent. Trotzdem haben wir erst später verstanden, welche abscheulichen Verbrecher diese Leute waren. Der Linksextremismus in Deutschland hatte auch für viele jungen Dänen eine Faszination, ein gewisses romantisches Gefühl von Revolution gehabt. Rudi Dutschke war ein Held in Dänemark, wo er als Universitätslehrer gearbeitet und gewohnt hat und leider auch gestorben ist. Als junger Lehrer im Lehrerzimmer habe ich Kollegen gehabt, die für die DDR als Utopia geschwärmt haben, das war junge Naivität. Heute dominiert eindeutig der Rechtsextremismus als Bedrohung in unserer Bundesrepublik. Es ist unglaublich, dass jemand überhaupt rechtsextremistisch denken kann, und es ist unglaublich, dass überhaupt jemand in unserer Bundesrepublik Rassismus und Antisemitismus unterstützen kann. Rechtsextremismus muss mutig bekämpft werden, und wir unterstützen absolut die Stellungnahme der Verwaltung.

Der Antrag der LINKEN spricht auch über Erinnerungsarbeit, ich habe es früher öffentlich gesagt und ich wiederhole es gerne, ein Grund, warum ich die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen habe, ist mein Respekt für die Erinnerungsarbeit sowohl in unserer Bundesrepublik als auch hier in Karlsruhe. Ich reise in viele Länder und ich habe in vielen Ländern gewohnt und gearbeitet. In keinem einzigen Land habe ich eine so bewusste und konstruktive Erinnerungsarbeit erlebt, wie hier in Deutschland, und das ist keine kollektive Schulddepression. Es war immer deutlich, dass es für die Teilnehmer, auch für Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup, niemals eine oberflächliche Haltung, sondern echte Erinnerungshaltung war. Ich schätze es ganz besonders, weil ich in Dänemark in einer Zeit geboren wurde, wo mein Land von dem rassistischen Deutschland besetzt war. Deshalb habe ich auch einen Appell, besonders an die jungen Kollegen, für die die Geschichte nur Geschichte ist. Der Appell lautet: „Bitte benutzen Sie diese abscheulichen Worte nicht nur als Klischees ohne Inhalt!“

Vor wenigen Monaten musste ich persönlich während einer Demonstration hinter der Stephanskirche erleben, dass eine junge Frau von Antifa da war, die altersmäßig mein Enkelkind sein könnte, mich offiziell als Faschist beschimpfte. Sowohl ich als auch meine Partei kann damit leben, aber die junge Frau hatte absolut keine Ahnung, was Faschismus wirklich war. Damit verharmloste sie diese abscheuliche menschenverachtende historische Haltung und Bewegung. Wenn Rechtsextremismus heute die nationalsozialistische Zeit oder sogar Adolf Hitler romantisiert, kann man, besonders wenn man in dieser Zeit geboren ist, nur verzweifelt oder kopfschüttelnd reagieren oder dagegen kämpfen, ich habe Letzteres gewählt. Die wirksamste Waffe ist, Bildung, Bildung und Bildung.

Stadtrat Schnell (AfD): Bei diesem Antrag der LINKEN fehlt im Aktionsplan ganz klar der Linksradikalismus beziehungsweise Linksextremismus, dem hier seitens der Antragsteller, keinerlei Augenmerk zuteil wurde, was aber dringend erforderlich ist, deshalb unser Ergänzungsantrag. Da zeigt sich schon gleich beim ersten Punkt, Aufklärungs- und Präventionsprogramm für Mitarbeiter der Verwaltung. Hier gibt es hinsichtlich des Linksextremismus klare Defizite. So praktiziert zum Beispiel das Kulturamt den offenen Schulterschluss mit vom Verfassungsschutz beobachteten Linksextremisten namentlich der DKP und der Interventionistischen Linken. Letztere arbeitet ganz besonders perfide, ich zitiere aus dem Verfassungsschutzbericht: „Die Interventi-

onistische Linke fungiert dabei als Scharnier zwischen militanten Gruppierungen und nichtgewaltorientierten Linksextremisten, beziehungsweise nicht extremistischen Gruppen und Initiativen. Hier also eine Infiltration der Stadtverwaltung. Aufklärungen bei städtischen Dienststellen sind somit dringend nötig, das zeigt nicht zuletzt die völlig ignorante Neutralitätspflicht in der Stellungnahme der Stadt zu unserem Änderungsantrag. Wie sehr Kommunen vom Linksextremismus bereits durchseucht sind, zeigt wie jüngst die Stadt Stuttgart -

(Zwischenrufe)

ja, es ist so - als sie die bloße Ankündigung von Linksextremisten, eine ordentlich angekündigte Demonstration zu stören, zum Anlass nahm, diese Demonstration kurzerhand zu verbieten, als Ausgleich lädt diese Stadt verummte Linksextremisten zum fröhlichen Krawall und Plündern ein. Pflastersteinwerfer gehören dort zur Party- und Eventszene.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Schnell, ich bitte Sie, solche diskriminierende Falschaussagen hier nicht öffentlich zu äußern. Das können Sie gerne auf Parteiveranstaltungen machen, aber nicht hier! Die Stadt hat niemanden zu irgendwelchen Plünderungen aufgerufen, das können Sie nicht belegen und es gebietet der Respekt, so etwas nicht öffentlich zu behaupten.

Stadtrat Schnell (AfD): Gut, wenn Sie das so sehen. Auch im Bereich des Antisemitismus, und da gehe ich mit dem Ergänzungsantrag der CDU völlig mit, der religiöse Extremismus ist in dem Antrag auch nicht erwähnt, hier haben wir auch ein Problem mit dem Antisemitismus in Deutschland, auch zum Thema linksextremer Gewalt, wir haben das eben erst kürzlich in Stuttgart erlebt, und aus all diesen Gründen sollte im Aktionsplan die gleiche Bedeutung dem Linksextremismus geschenkt werden, wie dem Rechtsextremismus.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir haben vor einiger Zeit einen Antrag über Antisemitismus gestellt, dass darüber jährlich berichtet wird, das ist sicher die richtige Richtung. Es geht um die Gesellschaft, wo wir keine Feinde sind, sondern uns annehmen und wir uns miteinander und gegeneinander suchen. Trotzdem glaube ich, es ist ganz schwierig, die tiefen Gründe nachzuvollziehen, warum Menschen so miteinander umgehen, warum es überhaupt soweit kommt, warum es nicht auszurotten ist, warum steckt das so tief in den Menschen drin? Das lässt sich ganz sicher nicht mit der einen oder anderen Kampagne einfach so abhandeln. Wir müssten trotzdem etwas tun, und die Frage ist, was können wir tun? Ich glaube, dass die Erinnerungskultur unserer Geschichte wahrzunehmen und anzunehmen, ganz wichtig ist. Genauso ist es wichtig, dass wir ein wohlständiges Land sind, wenn Mangel oder wirtschaftliche Krisen kommen, dann kommt der Extremismus deutlicher zum Vorschein als hier. Es gibt viele verschiedene Faktoren, deshalb dürfen wir nicht zu schmal denken oder einspüren. Ich glaube, dass wir da sehr breit denken müssen, weil das den Extremismus austrocknet. Was hilft den Menschen? Man sollte den anderen in seiner Andersartigkeit annehmen, und nicht als etwas Feindliches oder Beängstigendes erfassen. Da müssen wir wirklich rundherum arbeiten, das ist keine Arbeit für nebenbei, sondern eine zentrale Arbeit. Wir sind der Meinung der Stadtverwaltung, aber wir dürfen nicht so naiv sein zu glauben, wir machen ein bisschen etwas und dann kommt das große Ergebnis, wir müssen viel tun, an vielen Stellen, und dann können wir erfolgreich sein.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich mache es wirklich kurz, da ich vorhin nicht genügend Zeit hatte. Wir werden den Antrag der CDU aus folgendem Grund ablehnen. Wie ich es schon erwähnt hatte, Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung hat eine qualitativ ganz andere

Wirkung in dieser Gesellschaft als quantitativ. Selbst wenn Sie die Antwort der Verwaltung sehen, wir haben im Moment keine Belege für irgendeinen relevanten Linksextremismus in dieser Stadt. Selbst wenn man diesen Begriff so nimmt wie er ist, der politisch teilweise höchst fragwürdig ist, wir haben diese Situation nicht. Selbst wenn Sie den Bericht des Verfassungsschutzes lesen, das ist jetzt keine LINKE Quelle, aber die einzige Dokumentation von Linksextremismus, die der Verfassungsschutz gefunden hatte, war eine friedliche Kundgebung in Durlach gegen die AfD mit achthundert Bürgerinnen und Bürgern. Wir haben kein Problem in dieser Stadt, und wenn wir jetzt einen Aktionsplan von Rechtsextremismus oder wie auch immer einen Extremismus generell umspannen, damit machen wir diese spezielle Gefahr von Rassismus, Rechtsextremismus und anderen Themen einfach klein. Das kann nicht sein, wir sollten hier aufpassen, auch wenn wir jetzt hier zur Abstimmung kommen, da würde ich die Kollegen bitten, auch wenn sie anderer Meinung sind, dass sie in dieser Diskussion aufpassen, damit wir nicht das Spiel der AfD mitmachen und uns jetzt gegenseitig vorwerfen, wer welchem Extremismus nahesteht. Das wäre mir ein wirkliches Anliegen, auch nach außen, was wir hier auch vermitteln können. Die Worte, die auch Herr Schnell gewählt hat, ich mache es ganz kurz, ich glaube, die zeigen relativ Vieles recht deutlich auf. Die Angriffe auf die Stadtverwaltung, auf das Kulturamt, die sind sowas von infam, dass es einfach schändlich ist, hier darüber zu sprechen.

Stadträtin Bischoff (GRÜNE): Wir können jetzt bei jeder Diskussion zum Extremismus immer wieder Rechtsextremismus, Linksextremismus und irgendwelche andere Formen von Extremismus gegeneinander ausspielen und immer wieder darüber diskutieren, dass wir weder das eine noch das andere aus den Augen lassen sollen. Was wir aber nicht machen können, ist, alles in einen Topf zu werfen und denken, dass wir einen Plan gegen alle diese Formen von Diskriminierung und Extremismus so erarbeiten werden. Der Antrag bezieht sich eindeutig gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dort jetzt noch das Ganze weiter aufzumachen, sehen wir nicht als zielführend an und werden deswegen, die Änderungsanträge der CDU- und AfD-Fraktion auch ablehnen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, die Diskussion bewegt mich, weil ich jetzt eigentlich nicht noch irgendwie Öl ins Feuer gießen möchte, aber ich möchte die so jetzt im Brustton der Überzeugung, immer mit kurz angekündigten Redebeiträgen auftretenden LINKEN davor warnen, jetzt aktuelle Zahlenspielchen und statistische Erkenntnisse dafür als Begründung zu nehmen, dass wir jetzt den Rechtsradikalismus in den Fokus nehmen. Sie können nicht bestreiten, dass es sowohl einen Rechtsradikalismus gibt wie einen Linksradikalismus. Sie würden, wenn Sie ehrlichen Interesses wären, Ihrer Position sehr viel mehr Schub verleihen, wenn Sie den Radikalismus in den Vordergrund stellen, dann würden Sie nämlich eine große Fraktion hinter sich haben, so bezeichne ich uns immer noch. So haben wir den Eindruck, dass Sie Ausgrenzen wollen. In Wahrheit wollen Sie Ausgrenzen und das ist das, was ich bei der ganzen Diskussion bedauere. Würden Sie so, wie der Kollege Müller das auch schon vorgetragen hat, ehrlich sein, den Radikalismus und die anderen Dinge in den Vordergrund stellen, dann hätten Sie auch nicht eines schönen Tages die Problematik, wenn auch mal wieder dieses linke Thema ausschwenkt, dann müssen wir nämlich Ihre ganzen Intensionen ändern, und dann müssen wir Aktionen gegen Linksradikalismus beschließen. Es hat schon einen Sinn, warum wir das sehr allgemein und reduziert haben, Sie hätten uns als Unterstützer, so haben Sie uns nicht.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Dieser Antrag hat jetzt zu einer Spaltung hier im Haus geführt.

(Heiterkeit)

Seien Sie doch realistisch, Sie kommen da her und reden von Extremismus und es geht nur gegen Rechts, und Sie wundern sich, dass die eher konservativen Parteien damit ein Problem haben. Wie wäre es denn umgekehrt, wenn die eher konservativen Parteien mit dem gleichen Antrag kämen, wo nichts von Rechts und nur von Links etwas steht? Stellen Sie sich das mal kurz vor, wie würden Sie reagieren? Sie hätten damit doch auch ein Problem! Wir sollten hier nicht gegen Rechts oder Links reden, weil wir das gesamte Spektrum abbilden, und unsere Wähler haben uns deswegen gewählt. Wir sind nicht extrem, wir sind alle hier nicht extrem, wir sollten uns alle hier gemeinsam gegen den Extremismus aussprechen und nicht so wie es die LINKE versucht, möglichst viele Unterstützer zu sammeln, um sich gegen Rechts auszusprechen. Es gibt übrigens Antisemitismus auch von Links und es gibt auch Chauvinismus auch von Links und dafür gibt es jede Menge Belege. Herr Bimmerle, was Sie hier behaupten, es gäbe keinen Linksextremismus hier in Karlsruhe, das stimmt nicht, jeder von uns drei Stadträten hier war schon ein Opfer von linksextremistischen Straftaten. Deswegen erzählen Sie hier nicht irgendetwas, was wirklich nicht stimmt. Wenn wir hier ein Problem mit Extremismus haben, dann haben wir das auch mit Extremismus von Links. Deswegen ist es nicht richtig, was Sie hier tun, hier alles gegen Rechts und es geht am Ende nur noch um Links oder Rechts und nicht mehr um den Extremismus, und das ist falsch.

Stadtrat Huber (SPD): Ich möchte wirklich niemanden belehren, aber ich möchte einfach vielen Menschen in der Diskussion folgendes ans Herz legen. Bitte beschäftigen Sie sich mit dem Begriff der Hufeisentheorie. Das ist eine Theorie, die schon seit Jahrzehnten in der Politikwissenschaft widerlegt ist, das ist dieser Kreis, den man schließt, man sagt Rechts- und Linksextremismus ist irgendwie das Gleiche, und im Endeffekt stehen die ganz nah beieinander und wesentlich näher als die Mitte. Das ist aber falsch, das wird Ihnen jeder Soziologe und Politikwissenschaftler klipp und klar sagen, Rechts- und Linksextremismus sind zwei Paar verschiedene Schuhe.

Herr Pfannkuch, ich schätze Sie auch unglaublich, aber wie können Sie sich hinstellen und dem Herr Bimmerle verbieten, Statistiken heranzuziehen? Wo kommen wir denn da hin, wenn wir uns als Politikerinnen und Politiker nicht mehr auf Statistiken stützen dürfen, sondern davon ausgehen müssen, wenn ich zwei Prozent antisemitistische Straftaten aus dem linken Spektrum habe und 98 Prozent aus dem rechten Spektrum, so zu tun, als hätte es beide die gleiche Berechtigung? Ich muss doch die Zahlen angucken und schauen, was in den Berichten steht und muss erkennen, wie viel Straftaten es gibt und wo die Straftatenschwerpunkte sind. Da kann ich doch nicht so tun, als hätten wir ein aufkommendes Problem mit Linksextremismus, das haben wir nicht, das hatten wir in den sechziger und siebziger Jahren, das stimmt, und da hätte man dagegen vorgehen müssen. Jetzt haben wir ein Problem mit Rechtsradikalismus! Dagegen müssen wir mit aller Entschlossenheit vorgehen! Das liegt in unsere Verantwortung!

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich benutze jetzt einfach mal das Wort, es geht um Faschisten und um Rechtsextremisten, die in Deutschland nationalsozialistisches Gedankengut pflegen. Es geht um Faschisten und diese Menschen sind antidemokratisch, sind Feinde unserer Gesellschaft und unseres Staates und haben in den vergangenen zwanzig Jahren, ich weiß nicht wie viele dutzende Menschen auf dem Gewissen. Es hat lange gebraucht bis dieser Staat begriffen hat, worum es sich handelt. Wir haben den Auftrag als demokratische Gesellschaft, als Politikerinnen und Politiker, die versuchen diese Gesellschaft zu erhalten und zu pflegen und unsere Freiheit zu pflegen, unsere soziale Errungenschaft zu pflegen, diese nicht kaputtmachen zu las-

sen von Menschen, die einem Modell hinterherhängen, das wirklich nur dazu dient, unsere Gesellschaft zu zerstören, und die Morde begangen haben. Dem muss man anders entgegentreten, als ein paar Spinnern, die eben irgendwie gerade anders ticken. Das ist eine ganz andere Kategorie, der man tatsächlich mit einem Plan entgegentreten muss, und zwar wir alle miteinander, die wir praktisch versuchen, unsere Demokratie zu verteidigen.

Stadtrat Høyem (FDP): Nur ein Satz Frau Binder, ich habe appelliert, dass man die Worte Faschismus und so weiter nicht als Klischee benutzt. Wenn man mich als Faschist bezeichnet, und das war Ihre Partei, die das gemacht hat, dann ist es in Ordnung für mich und meine Partei, aber es ist nicht in Ordnung für die Geschichte, weil mich als Faschist zu bezeichnen bedeutet, dass man den richtigen Faschismus verharmlost. Also bitte, benutzen Sie nicht dieses Klischee.

Der Vorsitzende: Ich hatte Ihnen angedeutet, wenn Sie sich auf diese Diskussion einlassen, führt das zu keinem gemeinsamen guten Ergebnis. Wir arbeiten jetzt die verschiedenen Anträge ab. Ich rufe sie einfach in der Reihenfolge des Eingangs entsprechend auf, damit wir irgendwie eine Logik hinbekommen.

Es gibt zunächst den Ergänzungsantrag der AfD, der hat die Nummer 2020/0492, und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung - da sehe ich drei zustimmende und der Rest ablehnende Voten.

Dann kommt der Antrag der GRÜNEN, der hat die Nummer 2020/0646 - das ist eine Mehrheit, da hinten wird das bezweifelt. Wir haben hier 25 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen.

Jetzt kommt der Antrag der CDU-Fraktion und ich bitte um das Votum - ich habe jetzt auch wieder 20 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen.

Jetzt kommt der, um einen Punkt ergänzte Antrag der LINKEN zum Aktionsplan und ich bitte jetzt um das Votum - hier haben wir 31 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
24. Juli 2020